

Im Herbst 2026 wird der DOSB entscheiden, mit welchem Konzept Deutschland in den internationalen Wettbewerb um die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Sommer im Zeitraum von 2036 bis 2044 geht. Zur Auswahl stehen vier Konzepte mit den zentralen Austragungsorten Berlin, Hamburg, München und Rhein-Ruhr. Der Bürger soll ebenfalls befragt werden.

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) treibt seine Bewerbung um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele voran. Der Dachverband des deutschen Sports stellte den bislang internen Entscheidungsprozess zur Auswahl eines finalen Konzeptes den Medien vor. Die seit Beginn des Verfahrens eingebundenen Städte Berlin, Hamburg, München und die Region Rhein-Ruhr haben dem weiteren Fahrplan unter der Leitung des DOSB zugestimmt und werden bis Ende Mai 2025 verfeinerte Konzepte einreichen. Die konkreten Inhalte des Bewerbungsverfahrens und der Zeitplan wurden in Workshops mit den olympischen Fachverbänden, den Landessportbünden, den Bewerberregionen und dem Bundesministerium des Innern (BMI) erörtert und einvernehmlich festgelegt.

Wichtigste Neuerungen dieses Fahrplans sind die Festlegung, bis zum Herbst 2026 über den finalen deutschen Kandidaten zu entscheiden, sowie die Einführung eines dreistufigen Entscheidungsprozesses auf diesem Weg. DOSB-Präsident Thomas Weikert betont: „Wir sind uns unserer großen Verantwortung bewusst und nehmen unsere Führungsrolle in diesem Verfahren sehr ernst. Der überarbeitete Prozess bietet allen Beteiligten größtmögliche Planungssicherheit bei gleichzeitiger Chancengleichheit. Das Wichtigste ist, dass wir alle an einem Strang ziehen und immer das Gemeinsame in den Vordergrund stellen. Wir wollen die beste Bewerbung für Deutschland.“

Vor dem Hintergrund der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie den Erfahrungen mit den Olympischen und Paralympischen Spielen 2024 in Paris hatte der DOSB im vergangenen Jahr seine Strategie angepasst. Statt einer Verteilung der Sportarten auf mehrere Städte steht nun ein Konzept mit einem zentralen Olympischen bzw. Paralympischen Dorf für möglichst viele Athleten im Mittelpunkt.

Dreistufiger Entscheidungsprozess bis Herbst 2026

Bis Ende Mai 2025 reichen die vier interessierten Städte/Regionen anhand eines vom DOSB

erstellten Leitfadens erste Unterlagen ein. Anschließend prüft der DOSB, ob die Konzepte die operativen Mindestanforderungen erfüllen. Betrachtet werden insbesondere Sportstätten sowie erste Konzepte für ein Olympisches bzw. Paralympisches Dorf. Der DOSB bewertet die eingereichten Konzepte bis Ende September und stellt die Ergebnisse auf seiner Mitgliederversammlung am 6. Dezember 2025 in Frankfurt vor.

In der zweiten Stufe erhalten die Bewerber die Möglichkeit, bis Ende Juni 2026 ein Referendum durchzuführen. Zwar ist ein positives Votum formal keine Voraussetzung für das Internationale Olympische Komitee (IOC) und wird deshalb auch vom DOSB nicht gefordert, dennoch respektiert der DOSB, wenn eine Gebietskörperschaft ein solches Verfahren zur Absicherung der Bewerbung durchführen möchte. In diesem Fall unterstützt der DOSB diesen Prozess im Rahmen seiner Möglichkeiten.

In der finalen dritten Stufe wird anhand einer gemeinsam mit dem Bund zu entwickelnden Bewertungsmatrix das endgültige Konzept ausgewählt. Ausschlaggebend sind dabei insbesondere die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Wirtschaftlichkeit der eingereichten Vorschläge. Die Entscheidung soll bis zum Herbst 2026 fallen.

„Wir wollen Deutschland fit machen“

Oberstes Ziel des DOSB und seiner Partner bleibt es, Spiele für das gesamte Land auszurichten, auch wenn die Wettbewerbe nicht im gesamten Land stattfinden. „Bei der Frage nach dem Wo agieren wir als fairer Schiedsrichter, in der Frage nach dem Warum wollen wir gemeinsam mit dem Bund als Kapitän vorangehen“, fasst Volker Bouffier, DOSB-Vorstand mit besonderen Aufgaben, zusammen. Gerade in politisch herausfordernden Zeiten kann Sport einen verbindenden Charakter für die gesamte Gesellschaft bieten. Diese Kraft will der DOSB nutzen und durch eine Olympiabewerbung nicht nur den Sport, sondern ganz Deutschland wieder in Bestform bringen. Bouffier erklärt: „Wir wollen Deutschland fit durch Olympia machen. Unser Land steht vor zahlreichen Herausforderungen, die wir gemeinsam angehen müssen. Eine Olympiabewerbung kann der Auslöser für einen Ruck sein, damit sich endlich wieder etwas bewegt in Deutschland.“

„Wir wollen nicht nur mitspielen, sondern gewinnen“

Die Bekanntgabe der Vergabe wird erstmals durch die neue IOC-Präsidentin Kirsty Coventry erfolgen, ein Zeitpunkt dafür steht noch nicht fest. Die 41-Jährige aus Simbabwe war am 20. März diesen Jahres zur Nachfolgerin von Thomas Bach gewählt worden. Es ist davon auszugehen, dass die siebenfache Olympia-Medaillengewinnerin im Schwimmen auf den erfolgreichen Reformprozessen Bachs sowie den herausragenden Spielen von Paris 2024 aufbauen wird.

Noch im laufenden Jahr wird der DOSB den Eintritt in den „Continuous Dialogue“ mit dem IOC beantragen - die erste formelle Stufe des reformierten Bewerbungsverfahrens. Michael Mronz, IOC-Mitglied aus Deutschland und Mitglied des DOSB-Präsidiums, unterstreicht die Bedeutung dieses Schrittes: „Der Continuous Dialogue bietet uns die Möglichkeit, unsere Konzepte gemeinsam mit dem IOC weiterzuentwickeln, ohne auf ein bestimmtes Austragungsjahr festgelegt zu sein. Deutschland muss bereit sein, wenn Europa gefragt wird. Das ist ein wichtiger Schritt für eine erfolgreiche deutsche Olympiabewerbung. Damit zeigen wir auch international: Wir wollen nicht nur mitspielen, sondern gewinnen.“ Deshalb sei auch die Fokussierung auf ein One-Village-Konzept erfolgt. „Die Spiele von Paris haben eindrucksvoll gezeigt, dass besonders in einem Dorf, in dem der Großteil der Athletinnen und Athleten zusammenkommt, der Geist der Olympischen Spiele spürbar ist.“